

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

sonderrnummer

oktober 1973


CHILE

Die Pariser Commune war eine kurze Episode in der Geschichte revolutionärer Klassenkämpfe. Ihren Protagonisten, hauptsächlich Blanquisten, Proudhonisten und Anhänger Bakunins,¹ und den von ihnen praktizierten politischen Formen und Inhalten stand die I. Internationale unter Marx kritisch, ja ablehnend gegenüber. Nach dem unvermeidlichen Sturz der Commune veröffentlichte Marx seine berühmte Flugschrift, welche sich mit den Vorgängen um die Commune befaßt und unter dem Titel „Klassenkämpfe in Frankreich“ in seine Werke einging. Er verteidigte darin sehr zur Überraschung führender Köpfe der Internationale und in schroffem Gegensatz zu den Doktoren und Professoren der Revolution die heroischen Taten der Commune und meinte, daß im Vergleich der historischen Größe, die die Commune gespielt habe, ihre Unzulänglichkeiten, Fehler und Irrtümer nichts seien.

Nein, damit soll keine Analogie, auch auf kaltem Wege nicht, zwischen Pariser Commune und Chile 1970–1973 gezogen werden, zwischen ihren verschiedenen Entwürfen, Entscheidungen und Entwicklungen und ihrem gemeinsamen blutigen Scheitern. Debray schreibt in seiner Studie über Chile ein Jahr nach dem Sieg der Unidad Popular, daß die Revolution in ihren weltgeschichtlichen Verläufen von Ausnahme zu Ausnahme zu eilen scheine, denkt man an Kuba auf der einen, an Chile auf der anderen Seite in Lateinamerika. (Bekanntlich hat sich die US-Regierung Castros Guerillatrupps gegenüber in der Annahme abwartend verhalten, es handle sich da um eine bloß nationalistische Variante des Regimes Batistas, dessen allzu willkürliches Schalten und Walten den amerikanischen Brotherren

zu unbequem geworden war. Den in Bolivien angewandten Erfahrungen der kubanischen Revolution durch die Praxis Ches setzte der US-Imperialismus jedoch bereits seine eigenen Erfahrungen in Kuba erfolgreich entgegen.)

Es geht, schlicht und einfach ausgedrückt, darum, gegenüber siegreichen wie gestoppten Akten der weltrevolutionären Bewegung solidarisch zu sein. Das schließt Kritik ein, ja bedingt sie geradezu, wenn Solidarität nicht bloßes Alibi, süßes Ruhekissen fürs schlechte Gewissen sein soll. Das meint einen Lernprozeß, der nicht nur auf einige glorreiche Siege stiert und sie, zu papierenen Schemen gepreßt, auf alles und jedes anwendet, blind für die eigene wie fremde Wirklichkeit, sondern auch Niederlagen bewußt miterleidet und aus ihren schmerzlichen Erfahrungen positive Schlüsse zieht.

Dies vorauszuschicken scheint angebracht angesichts mancher Reaktionen seitens bestimmter linker Gruppen bei uns in Österreich und anderswo, angesichts einer Haltung, die den Zeigefinger schon schulmeisterlich erhoben hat, als bewaffnete Arbeiter und Bauern in Chile gerade erst die ersten Schüsse auf die faschistische Soldateska abfeuerten; – die vom totalen Bankrott des Reformismus sprach, während in Fabriken und Arbeitervierteln bis zur letzten Kugel gegen Flugzeuge, Panzer und Raketen gekämpft wurde; – die kaltschnäuzig die Unidad Popular (U. P.) als bürgerlich reformistische Regierung abqualifizierte, während deren Minister, Führer und Kader im Auftrag der chilenischen Bourgeoisie niedergemetzelt, gefoltert, verschleppt wurden. In diesem Augenblick hielten wir folgende Punkte für die knappe, aber ausreichende Grundlage einer richtigen Aktionseinheit: 

*Macht aus
Niederlagen Siege*

1. Kampf dem US-Imperialismus, den reaktionären Klassen Chiles und der faschistischen Militärjunta, die den Putsch geplant, unterstützt und durchgeführt haben.
2. Solidarität mit dem Widerstand leistenden chilenischen Volk.
3. Kritische Würdigung der Unidad Popular, Analyse ihrer Errungenschaften und Fehler, vor allem, daß sie dem Putsch weitgehend unvorbereitet gegenüberstand.

Demagogisch ist es, jede Kritik an der U. P., wie die KPÖ, mit dem Hinweis abzutun, daß die U. P. doch in erster Linie Objekt und Opfer des faschistischen Putsches war. Bei der Suche nach den Ursachen des gelungenen Putsches begnügen sie sich mit der Feststellung, daß er einen faschistischen Vorstoß des chilenischen Großkapitals darstellt, dem durch die linksextremistische Provokationen der MIR² Vorschub geleistet wurde. Demnach wäre ihrer Meinung nach der Putsch bei der aktuellen Politik der U. P. unvermeidlich oder ihm höchstens durch Ausweitung der reformistischen Politik zu begegnen gewesen. Die KPÖ behilft sich mit erfundenen Behauptungen, wenn sie propagiert, daß die KP Chiles eine bewaffnete Auseinandersetzung stets einkalkuliert hätte. Die Betonung, die die KP Chiles auf die unerhörte Macht des US-Imperialismus legt, entlarvt nur ihre eigenen Illusionen bezüglich des friedlichen Weges zum Sozialismus. Die KP Chiles sah das Hauptproblem in der traditionellen Lösung der Bündnisfrage, vor allem mit dem chilenischen Kleinbürgertum, was wahrscheinlich in der Endkonsequenz auf klassische Volksfrontpolitik hinausgelaufen wäre. Das Kleinbürgertum ist in Chile quantitativ wie qualitativ hoch entwickelt. Seine Einbeziehung in den revolutionären Prozeß erscheint in einem Entwicklungsland wie Chile noch wichtiger als in einem hochentwickelten kapitalistischen Land. Gerade deswegen wäre aber der Preis, den es für sich gefordert hätte, wie gehabt, die Übernahme der Führungsrolle nach klassischem Volksfrontmuster. Schließlich hegte die KP Chiles gegenüber dem Militär die nachhaltigsten Illusionen. Die MLS-KB (Neomaoisten, hauptsächlich Studenten und Intellektuelle) begibt sich auf die bisher vulgärste Stufe ihrer politischen Argumentation (im Gegensatz zu ihrer eigenen Agitation, die sich diesmal durch Klarheit, Verständlichkeit und Nüchternheit auszeichnete), wenn sie Allende vorhält, seine Regierung sei eine bürgerlich-reformistische gewesen und habe somit bloß die nationale Bourgeoisie und das Kleinbürgertum gegenüber dem Imperialismus repräsentiert. (So argumentierten jedenfalls Vertreter von MLS-KB auf der gemeinsamen Besprechung zur Chile-Solidaritätsdemonstration und auf einem Teach-in der GRM.) Sie meinen wohl die Tatsache, daß Allende mit den Stimmen des progressiven Flügels der chilenischen Christlich-demokratischen Partei in sein Amt gewählt wurde. (Oder – was wir ihnen denn doch nicht zumuten wollen: daß Allende selbst aus dem Großbürgertum kam?) Aber erstere Tatsache (von der zweiten reden wir gar nicht) besagt gar nichts, angesichts weitaus schwererwiegender Fakten. Wobei die unterschwellig angedeutete Unterscheidung in eine proimperialistische (Kompradoren)

und national eingestellte Bourgeoisie sich als unmateriell gefaßte und ökonomisch leichtfertige Konstruktion erweist. Warum aber, muß man hier berechtigterweise die Frage stellen, wurde Allende gestürzt, wenn seine Maßnahmen keinen Angriff auf das kapitalistische System bedeutet haben? Warum der fast lückenlose Streik und Boykott des chilenischen Mittelstandes, was für eine „Kleinmütigkeit“ und „Ängstlichkeit“ des „nationalen“ Kapitals, das sich schleunigst und systematisch ins Ausland (mit Vorliebe nach Francos Spanien) geflüchtet hatte? Die Nationalisierungen, die Enteignungen auch nationaler Kapitalien, der Angriff auf das bürgerliche Rechtswesen, die relativ hohe Anhebung der Löhne, die Schaffung von Arbeiterkontrollorganen usw. – das alles Reförmchen im Interesse des Bürgertums?

Etwas differenzierter in der politischen Argumentation, wenn auch nicht in der Agitation, geht die GRM (Trotzkisten, hauptsächlich Studenten und Intellektuelle) vor. Allendes Politik wird als klassischer Reformismus mit Otto Bauers³ Vorstellungen gleichgesetzt, den Sozialismus, auf die arbeitenden Massen gestützt, mit kleinen Schritten zu erreichen. Der U. P. wird der generelle Illusionismus vom friedlichen Weg zum Sozialismus vorgehalten, der Glaube, daß das Kapital sich unbewaffnet beseitigen ließe, der Trugschluß, daß das Kapital sich niemals neutral verhalten würde, und es wird der Vorwurf erhoben, im Namen der Wahrung des legalistischen Rahmens, revolutionäre Maßnahmen und Aktionen unterdrückt zu haben. Dem halten wir entgegen: innerhalb der Logik des chilenischen Prozesses (oder aber Allende hätte von vornherein auf das Amt verzichtet müssen, was wiederum auf reinen Absentismus hinausgelaufen wäre) war die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern unbestreitbar richtig und notwendig, aber der springende Punkt mußte die Spaltung und Aufweichung der Armee sein. Es ist gewiß falsch, das Kleinbürgertum in seiner Gesamtheit als Klasse zum Bündnispartner zu erwählen und dies mit allen Mitteln anzustreben; bestimmte Interessen des Kleinbürgertums müssen jedoch vertreten, Kompromisse müssen mit ihm geschlossen werden, da es durch ein rein offensives Vorgehen nur in die Arme der Armee getrieben wird. Schließlich ist der bewaffnete Umsturz außer in bestimmten Ausnahmefällen nur unter seine mögliche Einordnung als auslösender Funke in die internationale Perspektive – was im Falle Chiles Lateinamerika heißt – einkalkulierbar, wogegen zur Zeit die gesamte lateinamerikanische Wirklichkeit spricht. (Eine Fraktion der argentinischen Trotzkisten – eine andere setzt auf Peron – ist die erste linke Gruppierung, die einen geschlossenen Generalstreik der Arbeiterschaft gegen sich auf ihr Konto buchen darf!)

Wir glauben, daß die notwendige und solidarische Kritik an jenen Versäumnissen anzusetzen hat, die sowohl der jüngsten Entwicklung, als auch den verschiedenen Stellungnahmen von Verantwortlichen der U. P., auf eine solche Entwicklung gefaßt und vorbereitet zu sein, abzulesen sind. Der Kern der Kritik kann im Leninschen Satz zusammengefaßt werden: „Die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen ist, kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat.“ Das hätte gerade im Namen der vorbeugenden Wahrung der Legalität in Beantwortung aller Übergriffe des Militärs und der Rechten die Bewaffnung des Volkes bedeutet, wobei das Heer nicht neutralisiert, sondern dem politischen Spaltungsprozeß unterworfen hätte werden müssen. (Die gemeinen Soldaten, die aus dem Volk kommen, die unteren Offiziersränge usw. Hier muß man sich aber auch in Erinnerung rufen, daß in Chile die Armee nicht auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht, sondern als Berufsheer – vom einfachen bis zum ranghöchsten Soldaten – organisiert ist. Ein solches Heer erschwert den Differenzierungsprozeß zwischen oben und unten.) Überhaupt sollten alle derartigen Spekulationen unter den zentralen Aspekt gestellt werden: die Übernahme der Regierungsgewalt bedeutet nicht die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse, weder in Chile noch anderswo, (die Führer der U. P.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
 VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt
 der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
 Vielfältiger: Freie Österreichische Jugend -
 Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt ver-
 antwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien,
 Belvederegasse 10/1.

waren sich darüber im klaren), aber sie kann diese erleichtern. Die Ausübung der Regierungsgewalt folgt eigenen Regeln, welche nur partiell verändert werden können. Zwischen der Art und Weise, wie man an die Regierung kommt und ihrer Ausübung kann man nicht trennen, ohne die Gefahr des Verlustes der Massenbasis. Hier konzentriert sich alles auf die eine Frage: Kann eine Exekutivgewalt, die noch dazu, wie in Chile, einem Parlament mit bürgerlicher Mehrheit gegenübersteht, einen Prozeß einleiten, der zur Herausbildung von Organen einer neuen Macht führt (und die sich auch verteidigen können), ohne vorzeitig auf konstitutionellem Weg der Regierungsgewalt beraubt zu werden, die als Voraussetzung und als Resultat jahrelanger Bestrebungen der chilenischen Arbeiterklasse in dieser Etappe notwendig ist.

Debray spricht von der Gefahr, daß die U. P. den Prozeß, den sie selbst in Gang gesetzt hat, nicht mehr einholen kann, die Kontrolle über ihn verliert und dem Sturz entgegengeht. Bei jeder geschichtlich bedeutsamen Aktion werden die Akteure vom Umfang ihrer eigenen Aktion überholt, aber diese unvermeidliche Disproportion darf eben nicht zu groß werden. (Zeitweise scheinen die reaktionären Kräfte vollkommen das Gesetz des Handelns bestimmt zu haben, nicht nur durch die aktuellen Schritte, die sie selber gesetzt haben, sondern auch durch die zögernde Haltung der U. P., mit angemessenen Gegenschritten zu antworten.) Hier liegt eine der entscheidenden Wurzeln des siegreichen Putsches, nicht im Reformismus der U. P. Überhaupt scheint das Militär die Achillesferse der Regierung Allende gewesen zu sein, was insbesondere seinen Ausdruck fand in der fatalen Entscheidung, die Armee in die Lösung der Krise, in ihre Verantwortung einzubeziehen, da dieser Schritt die Massen verwirrt und die bürgerliche Propaganda von der Armee als letztem Hort und Garanten der Ordnung bekräftigt hat.

Historischer Hintergrund

Chile wurde im 16. Jahrhundert von Spanien erobert, dessen Interessen wie jene der nachfolgenden Kolonialisten auf das einzige Ziel der Ausbeutung des Landes, seiner natürlichen und menschlichen Ressourcen ausgerichtet waren. Von der Schaffung von Bedingungen für eine „normale“ wirtschaftliche Entwicklung konnte dabei keine Rede sein. Es galt, möglichst viel Gold und Silber aufzutreiben und später hohe Gewinne aus der Landwirtschaft, der Viehzucht und der Erzförderung zu erzielen. Es wurde eine tendenziell dem Imperialismus ausgelieferte Wirtschaft geschaffen, der Lebensstandard auf einem Minimum gehalten, Monokulturen betrieben und die Herausbildung einer einigermaßen starken nationalen Bourgeoisie verhindert. Dies läßt sich in Chile auch an Hand der Klassenschichtung aufzeigen, die es von hochentwickelten kapitalistischen Ländern unterscheidet: der geringe Einfluß der nationalen Bourgeoisie in den produktiven Bereichen, das Vorwiegen der traditionell rückschrittlichen Teile des Bürgertums, der Agrar- und Handelsbourgeoisie. Diese Schichten, aber auch das industrielle Kapital, sind eng mit dem ausländischen Kapital verbunden. Dem steht ein durch scharfe soziale Gegensätze auf dem Land radikalisierte Landproletariat, und ein zahlenmäßig relativ schwaches, aber dafür durch die örtliche und kapitalismäßige Konzentration homogenes und kampferprobtes Industrieproletariat gegenüber. Eine solche Sozialstruktur erfordert eine revolutionäre Strategie der permanenten Revolution, welche die Führungsrolle des Proletariats im Bündnis mit den armen Bauern, auch im antiimperialistischen, demokratischen, nicht nur im sozialistischen Kampf erforderlich macht und große Teile des Bürgertums als Bündnispartner im antiimperialistischen Kampf wegfallen läßt.

Sozio-ökonomische Situation

Anteil am		
Bruttosozialprodukt:	Industriemanufaktur	25 %
	Hüttenwesen	9 %
	Bauwesen	5 %
	Handel	20 %
	andere Dienstleistungen	20 %
	Landwirtschaft	10 %

In den wichtigsten Wirtschaftsbereichen herrscht der Imperialismus vor; der interventionistische Apparat des Staates ist groß, die nichtwachstumsträchtigen Industriesektoren (Textil, Nahrungsmittel, Bekleidung) überwiegen. 24 % aller Beschäftigten ist in der Landwirtschaft tätig, auf die aber nur 9 % des Bruttosozialprodukts entfällt, was von einem äußerst primitiven Produktivitätsstand zeugt. In 3 % der Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten sind 44 % der industriellen Arbeiter zusammengefaßt. 60 Aktionäre besitzen 19 % des Bankkapitals, 51 Unternehmen kontrollieren 25 % aller Kredite. Die Industriebourgeoisie ist parasitär eingestellt. Sie verlagert ihre Profite eher in hohe Dividenden als Investitionen: Anteil der Privatinvestitionen am Bruttosozialprodukt beträgt nur 8 %, was als eine der wichtigsten Ursachen für das geringe Wirtschaftswachstum in den letzten 20 Jahren angesehen werden kann (4 %). Die katastrophale Einkommensverteilung, also die geringe Rolle des inneren Marktes, sowie die Exportschranken wegen der universellen Rolle des Kupfers sind weitere Ursachen für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung. Diese Einkommensverteilung sah vor dem Sieg der U. P. so aus: 1,3 Millionen der Chilenen (40 % der Arbeitskräfte) hatten Einkommen unter dem Existenzminimum. 40 % der Bevölkerung hatte knapp 10 % am Nationaleinkommen teil, aber 4 % besaßen etwa 40 %. Auf dem Land sah es noch extremer aus: hier lebten 80 % der Bevölkerung unter dem Existenzminimum.

Das Programm der Unidad Popular

Obwohl sich Eduardo Frei während seiner Amtszeit von 1964 bis 1970 auf demagogische Weise antiimperialistisch gab, führte seine Politik zu einer noch stärkeren Abhängigkeit Chiles vom Imperialismus. Die Landreform ging nur zögernd voran. Zwar wurde viel enteignet, aber zumeist unproduktive Güter. Neue landwirtschaftliche Genossenschaften wurden gegründet, die aber die Klassenwidersprüche nicht zu lösen und die Produktivität nicht zu steigern imstande waren. Erklärtes Ziel war die Schaffung eines bäuerlichen Mittelstandes als stabiles Element gegen sozialistische Tendenzen. Die Industriereform entsprach vollkommen den Interessen des US-Imperialismus. Der Staat kaufte bestimmte Prozentsätze (mit einer Ausnahme nie über 50 %) von Aktien der Kupferminen, während die Gewinne der US-Konzerne ins Endlose stiegen. Der Anteil der Kupferausfuhr an den Gesamtexporten stieg auf 76 %. Freis Reformen führten allenfalls zu einer Stärkung der kapitalistischen Strukturen, die Lebensbedingungen und die politischen Rechte der Arbeiter und Bauern wurden kaum besser. Das Scheitern Freis und ein fehlgeschlagener Putsch 1969 ebneten den Weg zu einem Wahlsieg der Linken. Voraussetzung war jedoch die Einigung aller linken Parteien und Fraktionen und die Spaltung der Rechten. Die zwei stärksten linken Parteien, Sozialisten und Kommunisten, hatten schon vorher ein Wahlbündnis geschlossen. Die Sozialistische Partei Chiles ist nicht nur von ihrer Zusammensetzung her (80 % der Mitglieder Arbeiter und Bauern), sondern auch nach ihren politischen Grundsätzen als eine revolutionäre Partei zu bezeichnen. Sie steht ebenso, wie ein weiterer Bündnispartner, eine linke Abspaltung von

den Christlich-Demokraten, MAPU, auf Positionen links von der KP Chiles. Die drei anderen Organisationen, die ursprünglich die U. P. mitbildeten, sind radikal-demokratischer und sozialdemokratischer Richtungen. Letztere bestimmen kaum das politische Gepräge, da sie dazu zu schwach waren; schließlich wurden sie im Laufe der Kämpfe nach 1970 radikalisiert. Die U. P. unterscheidet sich von allen bisherigen Volksfrontregierungen dadurch, daß in ihr nicht das kleinbürgerliche Element dominierend ist und daß es kein definitives antifaschistisches Zweckbündnis ist. Von *ihren Trägern*, der Arbeiterklasse Chiles, von *ihren dominierenden politischen Organisationen*, zwei marxistisch-leninistischen Parteien und von *ihrer Zielsetzung* her (ein eindeutiges antiimperialistisches Übergangsprogramm, das die Voraussetzungen zum Sozialismus schafft), stellt die U. P. eine offensive proletarische Einheitsfront dar (und nicht eine defensiv orientierte kleinbürgerliche Volksfront). Welche Schwerpunkte wies ihr Übergangsprogramm auf?

- Verstaatlichung der wichtigsten Industrien und Banken.
- Enteignung des Großgrundbesitzes.
- Arbeiterselbstverwaltung in den verstaatlichten Betrieben.
- Abschaffung des herkömmlichen Parlamentarismus durch Bildung einer Volkskammer, deren Abgeordnete der Bevölkerung direkt verantwortlich und jederzeit abwählbar sind.
- Dezentralisierung der Verwaltung durch forcierte Volksinitiativen und Autonomie in den Regionen.
- Beseitigung der Klassenjustiz, der professionellen Richter durch kollektive Basisgruppen; die Bevölkerung wählt sich ihre eigenen Richter.
- Schaffung eigener Propaganda-Medien; Kampf den reaktionären Medienträgern.

Auf außenpolitischem Gebiet wurde die aktive Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk geübt, zu Kuba, Vietnam, Nordkorea und DDR wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen, enge Zusammenarbeit mit Kuba, dem Vorposten der Revolution auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Die Löhne wurden um 30–40 % erhöht und automatisch an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt; Sofortbau von 500.000 Wohnungen beschlossen; Preiskontrolle; Höchstfestsetzung der Mieten auf 10 % der Familieneinkommen; Kampf gegen den Analphabetismus; Erziehung der Jugend zum „neuen sozialistischen Menschen“ (Che Guevara) nach neuen Werten: nicht der Egoismus und Individualismus, sondern Solidarität, Kooperationsbereitschaft und Brüderlichkeit gelten als Norm und Kriterium; Vereinheitlichtes staatliches Schulwesen (gegen die reaktionären, meist konfessionellen Schulen), Kampf gegen das bürgerliche Bildungsprivileg, um nur die wichtigsten Punkte der Programme und Leistungen hervorzuheben. Nach ihrem *Inhalt* sind diese Forderungen eindeutig sozialistischen Charakters. Nicht um die Verstaatlichung, sondern um die Sozialisierung der Produktionsmittel geht es hier! Der aufgeblähte Staatsapparat soll nicht effizient gemacht, sondern als verselbständigte, dem Volk selbst entgegengesetzte Unterdrückungsinstanz zerschlagen werden. *Formen* aber, *wie* diese Ziele erreicht werden sollten, machten die Politik der U. P. in einigen Punkten fragwürdig. Es mußten entscheidende Kompromisse geschlossen werden. Der Imperialismus ist in Lateinamerika vorherrschend, die konterrevolutionären Kräfte in Chile äußerst stark. Sie saßen nach wie vor an allen wichtigen Hebeln der politischen, militärischen und ökonomischen Macht, kontrollierten den überwiegenden Teil des Propagandaapparats.

Die U. P. kam mit 36 % aller Stimmen an die Regierungsmacht. Sie mußte durch Kompromisse und das Bekenntnis zur Legalität Teile der Christdemokraten und die Person Tomic' (linke DC) gewinnen. Allende stand vor der Alternative, keine Kompromisse einzugehen und zu verzichten oder durch gewisse Zugeständnisse die Möglichkeit zu erhalten, Schritte und Maßnahmen zu setzen, die einen irreversiblen Charakter annehmen und dadurch, selbst im Fall des

einkalkulierten Scheiterns, bestimmte „vollendete Tatsachen“ in Chile geschaffen zu haben, die subjektiv wie objektiv im Kampf um die Arbeitermacht bleibende Bedeutung haben würden. Allende erhielt 1970 nicht wesentlich mehr Stimmen als bei seiner Kandidatur 1964. Die Rechte konnte mehr als 60 % der Stimmen auf sich vereinigen und war nur auf Grund ihrer inneren Differenzierung relativ schwächer geworden. Ihre Wahlplattform übernahm viele Punkte des Programms der U. P. Dies erklärt sich aus einem generellen Linkstrend in Chile, welcher der U. P. zwar nicht die stimmenmäßige Mehrheit, dafür aber die grundsätzlich positive Einstellung gegenüber dem Programm der U. P. sichern konnte.

Welche Kompromisse mußte Allende machen, um als Präsident gewählt zu werden?

1. Die Legalität in allen Akten und Maßnahmen zu wahren und die Unantastbarkeit der Institutionen zu garantieren.
2. Verzicht auf Bildung von Volksmilizen.
3. Verzicht auf das traditionelle Recht des Präsidenten, die Oberkommandierenden der Armee zu ernennen.
4. Respektierung der Rechte der Opposition und der Massenmedien.

Außer Punkt 3 akzeptiert Allende die Forderungen, d. h. er mußte Kompromisse eingehen, welche die Schlüsselfragen der sozialistischen Revolution betreffen und an denen die U. P. schließlich zugrundeging. Die Kritik betrifft die Frage der in einer solchen Situation notwendigen Doppelstrategie: es ist ein Unterschied, ob die Regierung selbst das Heer frontal angreift, den Staatsapparat zerschlägt, sich offen der Massenmedien bemächtigt oder dies auf dem Weg der konsequenten Massenmobilisierung vorantreibt, für die die Regierung nicht unmittelbar verantwortlich gemacht werden kann. Es geht hier also keineswegs um die „Gretchenfrage“ bewaffneter Kampf oder friedlicher Weg, reformistische oder revolutionäre Strategie, da die Doppelstrategie notwendigerweise beide Elemente enthalten muß, was ja auch von allen führenden Vertretern der U. P. betont wurde. Es geht vielmehr um die Gradualität, um die Gewichtung der gesetzten Maßnahmen auf der einen oder auf der anderen Seite. Das soll hier an Hand konkreter Fakten aufgezeigt werden:

Zur Verstaatlichung

Die US-Monopole investierten von 1952 bis 1970 sieben Milliarden Dollar in die Kupfer- und Salpeterproduktion des Landes und schöpften dabei sechzehn Milliarden Dollar Gewinn ab also mehr als 200 %, der wieder in die USA zurückgebracht wurde. Innerhalb kürzester Zeit wurden von der U. P. die gesamte Kupfer-, Salpeter-, Eisen- und Stahlindustrie nationalisiert und mit weiteren 70 Großbetrieben verstaatlicht. Die Regierung sicherte sich die Kontrolle über 90 % des Kreditwesens. Von Belegschaften wurde auch in der Reihe von Mittel- und Kleinbetrieben die Verstaatlichung durchgesetzt. Die Legislative setzte dabei nur den nachvollziehenden Akt. Das betraf nicht nur ausländisches, sondern zum Großteil auch inländisches Kapital. In vielen derartigen Fällen wurde die Masseninitiative von der Allende-Regierung also nicht nur nicht gebremst, sondern als Voraussetzung für legale gesetzgebende Aktionen angesehen. Neben dem verstaatlichten wurde ein sogenannter „gemischter industrieller Sektor“ geschaffen. Gesellschaften, deren Kapitaleigner teils privat, teils staatlich waren. Am wenigsten davon betroffen wurden die Gebrauchsgüterproduktion, der Großteil der Handelsunternehmungen und des Bausektors. Trotzdem war aber das Kapital dominierend. Es gab noch 250 Großbetriebe, von denen die U. P. gemäß ihrem Programm 100 verstaatlichen wollte. Weiters existieren noch 300.000 mittlere und kleine privatkapitalistische Unternehmen. Die Sozialisierung vollzog sich temporär schneller als in den ersten Jahren, z. B. in der DDR oder CSSR. Sie wurde auch effizienter durchgeführt: sie bedeu-

tete nicht einmal kurzfristig eine tiefe ökonomische Zäsur in diesen Betrieben. Dies ist nicht zuletzt dem Umstand zuzuschreiben, daß nicht einfach verstaatlicht, d. h. die Betriebsstrukturen beim alten gelassen, sondern gerade umgekehrt, indem die Arbeiter selbst zu einem bedeutenden Machtfaktor wurden. Es muß hier der bürgerlichen Propaganda entschieden widersprochen werden, die dem schnellen Verstaatlichungsprozeß die Schuld für bestimmte ökonomische Schwierigkeiten zuschob. Die prozentuelle Steigerung der Produktion war in diesen Betrieben fast doppelt so hoch wie Jahre vorher. Die Steigerung betrug 8 %. Die Mitbestimmung in den Betrieben sah als wesentliches Ziel die Aufhebung von Entfremdung und Verdrossenheit vor, die Arbeiter sollten auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene über ihre Geschicke selbst bestimmen. Die Gewerkschaften behielten ihre Autonomie, sie wurden nicht zu Transmissionsriemen staatlicher Entscheidungen degradiert. Die Betriebsleitung ist eine Synthese personeller und kollektiver Verantwortlichkeit. Das alles sind Übergangsformen, wie ja die U. P. ihre Politik – antiimperialistische Maßnahmen mit proletarischem Charakter – als Vorstufe zum Sozialismus verstand. Im Laufe der Zeit hätte die staatliche Ernennung der Direktoren und deren Verantwortlichen durch gewählte kollektive Organe ersetzt werden sollen. Es bestanden verschiedene Organe, die in ihrer gegenseitigen Kontrolle und Koordination den Betriebsegoismus, unverantwortliche ökonomische Forderungen der Belegschaft, bürokratische oder arbeiterfeindliche Maßnahmen der Regierung verhindern sollten. Die verstaatlichten Betriebe sind bis auf die unteren Ebenen, bis zur Basis nach rätendemokratischen Komitees strukturiert. Gab es also in den verstaatlichten Betrieben eine wirkliche *Mitbestimmung* der Arbeiter, so schuf man in den meisten privaten Betrieben Instanzen der *Arbeiterkontrolle*, die die ökonomischen Leitlinien der Regierung über Kapazitätsauslastung und die Arbeitsbedingungen überwachten. Die Planung war dezentralisierter als in der SU oder DDR, sie ähnelte dem jugoslawischen Modell, allerdings ohne die vollkommene Eigenverantwortlichkeit der Betriebe.

Die Arbeiter mit den höchsten Lohnkategorien (z. B. die Arbeiter in der größten Kupfermine Chiles Cuquicamata mit einem Monatslohn von 4000 Schilling bei 800 Schilling monatlichem Einkommen der Massen in den Elendsvierteln) standen den Maßnahmen der Unidad Popular abwartend bis feindlich gegenüber. Allerdings wurde ihre Bedeutung von der bürgerlichen Presse dementsprechend hochgespielt. Sie stellten in jeder Hinsicht eine Ausnahme dar, obwohl sie der Regierung Allende unleugbar einen Prestigeverlust zugefügt haben. Nicht solche Einzelfälle waren ein wirkliches Problem und Hindernis bei diesen Umgestaltungen in der ersten Zeit, auch nicht das antisozialistische Bewußtsein der Massen, sondern ihre pessimistische oder gleichgültige Einstellung. An die ökonomistischen Kämpfe durch die Gewerkschaften gewöhnt, unter dem Trauma oftmaliger Niederlagen der Arbeiterschaft leidend, zweifelten sie anfangs an der Möglichkeit weitreichender Umwälzungen. Es ist also ein von linksradikaler Seite entstelltes Bild, wenn behauptet wird, daß generell die Initiativen von unten ausgegangen seien und die Führung der U. P. in der Regel abgewiegelt habe. In der Anfangsphase war es gerade umgekehrt! Die Ansätze sind von den Partei- und Gewerkschaftskadern ausgegangen, und erst als die Ernsthaftigkeit und Erfolgsmöglichkeiten bestätigt wurden, machten die Arbeiter führend mit. Zu diesem Zeitpunkt war die U. P. in den meisten Fällen Initiatorin der Kämpfe.

Zur Agrarreform

Die U. P. räumte den Umgestaltungen in der Industrie gegenüber der Landwirtschaft Priorität ein. Denn nur 24 % der Beschäftigten erzeugten da 8 % des Sozialprodukts. 7 %

der im Agrarsektor ansässigen Familien kontrollierte 79 % der landwirtschaftlich benutzten Flächen. Diese extreme Eigentumsstruktur ist Ergebnis der Kolonialisierung Chiles zunächst durch Spanien, später durch England, Deutschland und die USA. Die Landwirtschaft wurde auf feudalistischer Grundlage betrieben, und diese Strukturen wurden erst durch die U. P. zerstört. Von den 700.000 in der Landwirtschaft Beschäftigten waren 150.000 Saisonsarbeiter, die außerhalb der Erntezeit praktisch dem Hungertod ausgesetzt waren. 200.000 standen im festen Lohnverhältnis. Sie verdienten in einem ganzen Jahr soviel wie ein Arbeiter in Cuquicamata in einem Monat. Es gab weiters 190.000 selbständige Landarbeiter mit gleich miserablen Lebensstandard und 180.000 nichtbezahlte Familienangehörige. Von Allende wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Abschaffung und sozialistische Reorganisation allen Großgrundbesitzes über 80 Hektar.
- Bildung von Genossenschaften durch die selbständigen Landarbeiter.
- Materielle und technologische Förderung der Landwirtschaft.

Das Ziel der Reformen war also nicht nur die Steigerung der Produktion, sondern auch die Schaffung von neuen demokratischen Ausdrucksformen für die Landarbeiter. Bei ihnen stellte sich das Verhältnis zwischen Parteivanguardie und Basis anders als bei den Fabrikarbeitern. Die Bauern schufen sich selbständig ihre Bauernhöfe und führten eigenmächtige Landenteignungen durch. Ihnen war das Vorgehen durch die U. P. zu langsam, die wegen besonders strenger Enteignungsvorschriften in ihrem Handeln beschränkte. Mit legalen Mitteln hätte eine Enteignung tatsächlich noch Jahre gedauert. Es durfte nur enteignet werden, wenn der Betriebsführung schwere Mängel vorgeworfen wurden; durch Einlegung von Rechtsmitteln konnte die Enteignung jahrelang hinausgezögert werden (die bürgerliche Justiz half da nach Kräften mit). Das waren starke Hindernisse. Aber die U. P. verschloß auch sehr oft ihre Augen vor „gesetzlosen“ Landnahmen durch die Bauern und verweigerte oft den Einsatz der Exekutive. Regierungstreue Gouverneure und Regierungsmitglieder mußten deshalb ihre Funktionen auf Drängen der Opposition und der Justiz abgeben. Dies ist eines der Beispiele für die Doppelstrategie der U. P. und ihre Erkenntnis, auf ausschließlich legalistischem Weg keine umwälzenden Eingriffe durchführen zu können. Sicherlich gab es auch Fälle von Polizeieinsatz bei Landbesetzungen und Protesten von Teilen der U. P., hauptsächlich von den Kommunisten. Aber diese waren Ausnahme von der Regel.

Was heißt sozialistische Umgestaltung auf dem Land in Chile? Der Großgrundbesitz wurde nicht wie nach der russischen Revolution an die Bauern verteilt zur privaten Nutzung, sondern zu großen Staatsgütern umgewandelt, die von den Bauern kooperativ, unter großer Selbstbestimmung geleitet wurden. Dadurch sollte individualistischem Bewußtsein in der Agrarproduktion entgegen gewirkt und Probleme vermieden werden, die zu den mörderischen Zwangskollektivierungen 10 Jahre nach der Oktoberrevolution geführt haben. Aufbau und Arbeitsstil der Agrarreformkommission widerspiegeln den Versuch einer totalen Demokratisierung der Verwaltungs-, Arbeits- und Kommunikationsstrukturen. Dazu dient auch die Gründung diverser Produktionskomitees, Basisgruppen, der Bauernvollversammlung und ihrer Koordination. In den Vollversammlungen wurde gemeinsam über die demokratische Neuorganisation der Arbeit, der Festlegung der Arbeitsnormen und der Entlohnung entschieden. Es wurde über die Produktionspläne beraten, die von den Zentralen und regionalen Kommissionen ausgearbeitet und unterbreitet wurden.

In den Dörfern waren die entscheidenden Instanzen die Bauernräte. Sie entstanden aus der Verschmelzung vormals autonomer, von der MIR beherrschter revolutionärer Bauernkader, die bei der Vorantreibung der Agrarreform eine große Rolle spielten, sowie einer von der Regierung initiierten Bauernräteorganisation. Der nunmehrige Bauernrat bestand aus Regierungsvertretern, Gewerkschafts- und

direkten Delegierten der Basis. Er war gegenüber der Regierung nicht weisungsgebend, vielmehr oblag es den Regierungsvertretern in den Diskussionen und Beratungen als politische Avantgarde etwaige Widersprüche zwischen gesamtstaatlichen und partikularen Interessen der jeweiligen Kommunen in den Griff zu bekommen. Die Regierungsvertreter besaßen in den Bauernräten nicht die Mehrheit, die eine Abstimmungsmaschinerie ermöglicht hätte.

Weitere Maßnahmen in der Produktion und Reproduktion

50 % aller Löhne lagen unter dem Lebensminimum. Im Frühjahr 1971 wurden beträchtliche Lohnerhöhungen durchgeführt (30–50 %), die Pensionen und Familienzulagen wurden erheblich verbessert. (Die dadurch erhöhte Nachfrage nach Bedarfsgütern war eine der Ursachen für die seitens der Reaktion weidlich ausgenutzten Versorgungsschwierigkeiten.) Die Arbeitslosenziffer betrug nach Schätzung der Gewerkschaften 400.000. Durch erhöhte Investitionen in den verstaatlichten Betrieben sollte sie radikal gesenkt werden. Es fehlten 500.000 Wohnungen: die U. P. versprach, sie zu beschaffen und baute in den ersten 20 Monaten ihrer Amtszeit 100.000, doppelt so viel wie die Regierung Frei in sechs Jahren.

Die Situation im Gesundheitswesen war katastrophal: hohe Rate der Kindersterblichkeit, Epidemien (Rachitis und Typhus), großer Mangel an Ärzten, Krankenschwestern und Spitälern. Dem versuchte Allende durch Sofortmaßnahmen zu begegnen. Er mußte sich aber oft dem vom Mittelstand und der Reaktion unterstützten freien Ärztestand beugen: das Projekt eines einheitlichen klassenlosen Gesundheitsdienstes mußte z. B. fallengelassen werden. Trotzdem wurde der staatliche Gesundheitsdienst vergrößert, die Arzneimittel verbilligt, freiwillige Ärzteteams in entlegene Gebiete geschickt usw.

600.000 Personen (12 % der Bevölkerung) waren Analphabeten. Schon innerhalb des ersten Regierungsjahres der U. P. konnte dieser Satz auf 8 % gesenkt werden. Durch den Bau von Elementarschulen wurden in einem Jahr 150.000 neue Plätze geschaffen, viele Stipendien für Arbeitnehmer- und Bauernkinder gewährt. 1971 konnten 88 % mehr Studenten auf der Universität ein Fach belegen als ein Jahr zuvor. 1970 wurden 20.000 Studenten neu aufgenommen, 1971 waren es 38.000 und 1972 45.000. Die Mehrheit der Studenten war der Regierung gegenüber feindlich eingestellt. Zwei Universitäten, die eigene Radio- und Fernsehsender betrieben, wurden zu den ideologischen Stützpunkten der Konterrevolution. Allendes legalistische Haltung, unter keinen Umständen in die Autonomie der Hochschulen einzugreifen, erwies sich hier als verhängnisvoll. Dabei gab es genügend Übergriffe durch die reaktionären Teile der Studentenschaft, die eine Intervention der Regierung für den Großteil der Kommilitonen durchaus plausibel gemacht hätte.

Ein „stilles“ Vietnam

Dem Staatsstreich der Militärs gingen unzählige Versuche der verschiedenen konterrevolutionären Strömungen zum Sturz der U. P. voraus. Der Putsch ist nur das Ende einer langen Kette politischer und ökonomischer Anschläge der Reaktion und des Imperialismus. Und es war nicht nur der Lehnherr Lateinamerikas, der US-Imperialismus, dessen Machenschaften durch die Andersen-Papiere aufgedeckt wurden. Den subversiven Praktiken der großen amerikanischen Konzerne Cennecut und ITT in Zusammenarbeit mit dem CIA standen die Umtriebe anderer multinationaler

Konzerne, voran solcher in der BRD, zur Seite: Kredite wurden gesperrt, Aufträge storniert, Bestellungen hinausgezögert, Subventionen eingestellt, der Kupferpreis gesenkt. Nach der Ermordung General Schneiders gab es unzählige weitere Attentate mit tödlichem Ausgang auf Revolutionäre. Die inländische Reaktion arbeitete auf allen Ebenen der legalen und illegalen Aktion: Obstruktionspolitik im von der Rechten beherrschten Parlament, Zwang zur ständigen Auswechslung von Regierungsmitgliedern, übelste Hetze in den von der Reaktion beherrschten Massenmedien, Streiks des Mittelstandes mit rein ökonomischen Zielen, Kapitalflucht ins Ausland, Bombenanschläge, Sabotageakte, Sprengungen: die chilenische Bourgeoisie zog von Anfang an alle Register, um die Politik der U. P. lahmzulegen und zu verunmöglichen, da diese eine Dynamik in Gang gesetzt hatte, die, einmal an Oberhand gewonnen, unweigerlich zum Sturz des Kapitalismus geführt hätte. Die chilenische Konterrevolution konnte sich dabei durchwegs und lückenlos in eine imperialistische Gesamtstrategie einordnen, der die chilenische Revolution nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen konnte. Diese imperialistische Gesamtstrategie (ein rechter Tropf in der „Kronen-Zeitung“ traf diesmal den Nagel auf den Kopf: „Chile – erstes Opfer der Strategie Kissingers“) hat einen weitaus größeren Anteil an der schließlichen Niederlage der U. P. als alle Anstrengungen der chilenischen Reaktion zusammengenommen. Chile wurde hier zum Musterbeispiel für die Problematik der Revolution in den Ländern der „Dritten Welt“: „Der lange Marsch zur Freiheit bleibt für die Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas qualvoll, mit ungeheuren Opfern verbunden, solange der Imperialismus die Möglichkeit hat, sie zu zwingen, sich den Mechanismen neokolonialistischer Ausbeutung zu unterwerfen oder auszuliefern, oft nur, um dem Hungertod zu entgehen. Vietnam ist nicht beliebig multiplizierbar.“⁴ Die Krise der internationalen sozialistischen Bewegung ist ein weiteres Moment für das meist reibungslose Funktionieren dieser imperialistischen Gesamtstrategie, die auf den Schwächen, Fehlern und Untugenden ihrer Gegner ebenso aufbaut, wie deren „Tugenden“ für sich ausnützt: z. B. eine „friedliche Koexistenz“, die auf die Interessen der Großmächte hüben und drüben ausgerichtet ist und den „Kleinkrieg“ in Indochina so selbstverständlich toleriert, ja einkalkuliert, wie die Intervention in der CSSR direkt oder in Chile indirekt. (Die SU hat Chile materiell und politisch unterstützt! – wird uns hochroten Kopfes zugerufen. Ja, das stimmt. Aber wie war diese Hilfe beschaffen? Schließlich hat auch Schweden Chile materiell und politisch unterstützt, und das nicht weniger als die SU und ihre Verbündeten.) Wer diese Problematik nicht zu begreifen imstande ist, der denkt „konsequenterweise“ in den Kategorien des „Kalten Kriegs“ und der Blöcke und argumentiert, wie die „Volksstimme“ doppelbödig à la Prag 1968: wenn an den Grenzen Chiles die Panzer jener Länder stationiert gewesen wären, die 1968 einem bestimmten Sozialismus in der CSSR „zu Hilfe eilten“, schaute es heute mit dem Putsch des reaktionären Militärs gleich anders aus... Wir meinen, daß die Probleme der revolutionären Klassenkämpfe des Proletariats nicht in der Gegenüberstellung von reaktionären und progressiven Panzern gelöst werden können. Weitaus erschütternder noch als die Ohnmacht einiger bewaffneter Arbeiterscharen in Chile gegenüber der modernen Kriegstechnik einer hochgerüsteten Armee ist die totale Gleichgültigkeit der amerikanischen Arbeiter gegenüber den Vorgängen in Chile wie schon in Vietnam. „Friedlicher Weg zum Sozialismus“ wie „friedliche Koexistenz“ wurzeln in den Strategien der Arbeiterbewegungen in den Heimatländern des Imperialismus und eines mit diesem auf Ausgleich und Arrangement bedachten Sozialismus.

„Es gibt eine tiefe innere Wechselwirkung zwischen der Entwicklung in den sogenannten sozialistischen Ländern, dem Kampf der Völker der „Dritten Welt“ und den Perspektiven der Revolution in Westeuropa. In dieser Dialektik ist nicht der Gegensatz der Blöcke (sozialistisches Lager contra kapitalistisches Lager) oder die „Einkreisung der Welt-

städte“(die Revolutionen in den Entwicklungsländern) das bestimmende Moment. Westeuropa, das im Gegensatz zu den USA, nicht nur die ökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus hat, sondern auch über eine entsprechende Tradition einer großen kämpferischen politischen Arbeiterbewegung verfügt, ist der Ort, von dem aus dem Prozeß der Weltrevolution neue Dynamik verliehen werden könnte. Hier, wo die Gesellschaft reif ist für den Kommunismus, kann die Arbeiterklasse, indem sie sich selbst befreit, dem amerikanischen Proletariat ein Beispiel geben, die erstarrten Strukturen der Übergangsgesellschaften zusätzlich zu den aus ihren inneren Widersprüchen immer wieder keimenden Initiativen aufbrechen, den *nationalen Revolutionen eine gesicherte Zukunft eröffnen*.“⁵

(Im Auftrag der Leitung der BfS und der Redaktion aspekte Kolm/Patka/Steiner)

Anmerkungen:

- 1 **Blanqui, Louis August**, Vertreter einer kleinbürgerlich-sozialistischen Strömung im 19. Jahrhundert in Frankreich, die die Konzeption des rev. Umsturzes durch die konspirative Arbeit einer Minderheit von Revolutionären vertrat.
- Proudhon, Pierre Joseph**, utopischer französischer Sozialist und Theoretiker des Anarchismus.
- Bakunin, Michael**, russischer Revolutionär, wegen seiner anarchistischen Lehren auf Marx' Betreiben aus der Internationale ausgeschlossen.
- 2 **MIR**, linksradikale, hauptsächlich von Studenten und Intellektuellen angeführte Bewegung in Chile außerhalb der U. P., die den bewaffneten Kampf propagierte und Landenteignungen mit den armen Bauern durchführte. Sie negierte vollkommen die Bündnisfrage.
- 3 **Otto Bauer**, linker Führer der österreichischen Sozialdemokratie und Theoretiker des Austromarxismus.
- 4 aus den „Grundsätzen der FÖJ-Bewegung für Sozialismus“.
- 5 aus den „Grundsätzen der FÖJ-Bewegung für Sozialismus“.

